

II- 613 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIII. Gesetzgebungsperiode

Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft  
Zl. 32.280-G/72

Wien, am 9. März 1972

221/A.B.

Beantwortung zu 233/J.

Präs. am 20. März 1972

der schriftlichen parlamentarischen Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Brunner und Genossen (ÖVP), Nr. 233/J, vom 2. Feber 1972, betreffend Landwirtschaftskammern.

Anfrage:

1. Entsprechen die in der SPÖ-Belangsendung vom 5. bzw. 8.11.1971 erhobenen Behauptungen, die Bauern seien der Willkür der Landwirtschaftskammern ausgesetzt, ihrer Kenntnis nach den Tatsachen ?
2. Wenn ja, haben Sie Untersuchungen anstellen lassen, um Beweise für eine solche Willkür zu erhalten?
3. Wenn ja, zu welchen Ergebnissen haben diese Untersuchungen geführt?
4. In welchen konkreten Fällen wurde der Vorwurf erhoben, daß bei der Erledigung von Agrarinvestitionskrediten "unsachliche Gründe" eine Rolle gespielt hätten ?
5. Welche "unsachlichen Gründe" wurden von den Landwirtschaftskammern, die bei der Erledigung von Ansuchen eine Rolle gespielt haben sollen, angegeben ?

Antwort:Zu 1. bis 3.:

Bereits in meiner am 10. Jänner 1972 erteilten Antwort auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 32/J habe ich darauf hingewiesen, daß Belangsendungen politischer Parteien nicht zu meinem Vollziehungsbereich gehören. Eine Beantwortung entfällt daher.

Zu 4.:

Seit meinem Amtsantritt bin ich bestrebt, persönlichen Kontakt mit der bäuerlichen Bevölkerung zu halten. Ich benütze daher jede Gelegenheit, durch den Besuch von land- und forstwirtschaft-

- 2 -

lichen Betrieben sowie durch Teilnahme an Versammlungen und Diskussionsveranstaltungen die Anliegen und Wünsche, aber auch die Kritik der bäuerlichen Bevölkerung kennenzulernen.

Bei solchen Anlässen wurde wiederholt Klage geführt, daß bei der Erledigung von Förderungsansuchen unsachliche Gründe eine Rolle gespielt hätten. Von einer Nennung von Namen nehme ich auf Wunsch der einschreitenden Personen Abstand.

Zu 5.:

Das Vorliegen unsachlicher Gründe erachte ich dann als gegeben, wenn bei der Erledigung eines Förderungsansuchens auch andere als richtlinienmäßige Erwägungen eine Rolle spielen. Im übrigen ist es mir ein besonderes Anliegen, durch die Einrichtung von Bundesprüfungskommissionen vorzusorgen, daß in Zukunft die Landwirtschaftsförderung aus Bundesmitteln ausnahmslos unter voller Berücksichtigung der bestehenden Richtlinien sowie des Gleichheitssatzes erfolgt.

Der Bundesminister:

